

Wahlprogramm in 10 Punkten

DIE LINKE.

Stadtverband Brühl

Die Weichen auf Zukunft stellen!

Brühler Kommunalpolitisches Wahlprogramm 2020

Verabschiedet auf der Stadtverbandsversammlung am 16.06.2020

Inhalt	Seite
1. Hier ist Zukunft zuhause – für ein gutes soziales Miteinander	1
2. Energiewende schaffen, Umwelt erhalten, Lebensräume schützen, Artenvielfalt erhalten	7
3. Nahverkehr ausbauen, nachhaltig weiterkommen	10
4. Bildung stärken, Perspektiven schaffen	11
5. Zusammenhalt fördern, Offenheit leben	12
6. Wohnraum schaffen, Lebensqualität sichern	13
7. Digitalisierung gestalten, Zukunft sichern	16
8. Für Selbstbestimmung, Teilhabe und eine kommunale Friedenspolitik	18
9. Kinder- und Jugendpolitik – Zukunft gestalten	20
10. Flucht und Migration	23

Vorwort

Die neue Buslinie, der Ausbau der Straßenbahnlinie 18, der Wohnungsbau, das private Programm-Kino, die Kindertagesstätte oder das Begrünungsprojekt. Vor Ort, in unserer Stadt, gestalten wir das Zusammenleben. Für heute, für morgen und übermorgen. Hier ist Zukunft zuhause.

Uns LINKE leitet der Gedanke, dass gute Politik eine gute Zukunft ermöglichen muss. Die großen Aufgaben, vor denen wir dabei stehen sind:

- der Zusammenhalt unserer Gesellschaft

- den Ausbau von mehr sozialer Gerechtigkeit
- der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Zeiten der Klimakrise - können und müssen wir auch vor Ort gestalten und schnell handeln

Am 13. September 2020 wählen Sie, die Brühlerinnen und Brühler, wer Sie im Stadtrat, im Kreistag, im Landschaftsverband und in der Regionalversammlung vertritt. Mit dieser Wahl stellen Sie unsere Demokratie auf starke Füße.

DIE LINKE Brühl bewirbt sich um Ihr Vertrauen, weil sich der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunft unseres Planeten auch vor Ort entscheiden werden. Weil wir eintreten, für schnelle Entscheidungen. Für mehr soziale Gerechtigkeit. Für eine gesunde Natur. Für eine innovative nachhaltige Wirtschaft. Für starke Familien und eine vielfältige Gesellschaft in unserer Stadt. Dafür wollen wir arbeiten. Weil wir gute Ideen haben und diese gemeinsam mit Ihnen dort, wo WIR leben, anpacken wollen. Gestalten wir miteinander eine gute Zukunft.

Wir haben viel vor vor Ort

1. Hier ist Zukunft zuhause – für ein gutes soziales Miteinander

Weil wir hier leben, setzen wir uns ein für ein gutes soziales Miteinander und eine intakte Umwelt. Alle Entscheidungen der Stadt sollen zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, die die Lebensgrundlage künftiger Generationen sicherstellt. Wir unterstützen kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt, dabei ist uns Inklusion eine Selbstverständlichkeit.

Die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung nimmt auch in Brühl zu. Die Quote der unter 18-jährigen, die 2017 Sozialleistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes erhalten betrug in Brühl 14,4 %.

Nach den Angaben der Bundesregierung besitzen die obersten zehn Prozent der Bevölkerung mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Armut breitet sich aus, Reichtum konzentriert sich bei Wenigen und die gesellschaftliche Mitte schwindet. LINKE Kommunalpolitik in Brühl rückt deshalb konsequent die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt, die keine finanzkräftige Lobby haben. So haben wir 2019 zum ersten Mal einen **Sozialratgeber herausgegeben** und bieten seitdem Sozialberatung in Brühl an.

Das soziale Miteinander, das wir wollen, ist:

- gerecht
- sozial
- solidarisch
- geprägt von Teilhabe

Denn für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller zu sorgen, ist eine Querschnittsaufgabe für DIE LINKE, auch im Rat der Stadt Brühl.

Was muss dafür getan werden?

- Reichtum durch Steuern vor Ort umverteilen, z.B. durch die Erhöhung der Gewerbesteuer
- die soziale Infrastruktur ausweiten

Um soziale Ungleichheit wirksam zu bekämpfen, bedarf es des Mutes, Reichtum durch Steuern und vor Ort umzuverteilen: Für mehr soziale Sicherheit, für öffentliche Daseinsvorsorge, für bezahlbaren Wohnraum, Quartiersentwicklung und gute Kitas und Schulen. Statt Kassenkrediten und Haushaltssicherung brauchen wir in Brühl mehr Spielräume, um den gewachsenen Aufgaben durch die zunehmende Armut der Menschen und Quartiere gerecht zu werden.

Für ein soziales Miteinander in der Kommune

In der wachsenden Stadt Brühl ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für viele Menschen zu einer existenziellen Frage geworden. Große Teile der Innenstadt wird privat bewirtschaftet oder befinden sich teils sogar ganz in Privatbesitz.

Viele öffentliche Räume werden zu Konsummeilen. **Schaut man sich die Giesler-Galerie an, sind die meisten Läden Billiganbieter, da sich die breite Masse keine teuren Sachen leisten kann.**

Für all jene, die nicht konsumieren wollen oder können, gibt es immer weniger Platz. Die Ratsmehrheit aus CDU und GRÜNEN investiert gegen die Mehrheit der Bürger*innen Millionen in Prestigeobjekte wie den Rathausanbau und vernachlässigen gleichzeitig die Weiterentwicklung bezahlbarer und lebenswerter Wohnorte.

Gesellschaft und Soziales

Arbeits-, Wohn- und Lebenssituationen sind entscheidende Faktoren für das soziale Klima in unserer Stadt.

Einkommens- und Vermögensärmere weisen geringe Sparquoten bzw. höhere Konsumquoten als Vermögende auf. Sie müssen einen größeren Teil ihres Geldes für täglich notwendige Güter und Dienstleistungen wie Lebensmittel, Kleidung und Miete ausgeben und stützen somit die Binnenwirtschaft. Konzentriert sich aber ein immer größerer Teil des Volkseinkommens bei den Reichen und Super-Reichen, nimmt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen trotz existierender Bedarfe sukzessive ab.

Unser Ziel ist eine bürgernahe, aktive und lebendige Gemeinde, durch:

- Errichtung und Unterhaltung eines Bürgerhauses / Bürgertreffs für alle Generationen, in allen Stadtteilen
- Bürger- und Ratsbürgerentscheide in allen relevanten Fragen von Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit alternativen Wohnformen, wie Mehrgenerationenwohnen
- Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus

- Wertschätzung und Unterstützung von Bürgerengagement und aktives Informations- und Beratungsangebot. Nicht wie beim Rathausanbau, bei dem der Bürgerwille durch die anderen Parteien im Rat ignoriert wurde.
- Große Transparenz kommunaler Entscheidungen und zeitnahe Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle
- die Grundversorgung aller Einwohner*innen in Bezug auf Strom, Heizung, Gas und Wasser muss gewährleistet sein; **Stromsperrern sind menschenunwürdig und müssen verboten werden**

DIE LINKE fordert deshalb konkret:

- sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von denen Menschen leben können bei der Stadtverwaltung, den Stadtwerken und der Gebausie
- faire Löhne für Reinigungskräfte und Mitarbeiter*innen der Offenen Ganztagschule. Wer faire Löhne will, braucht keine Ausschreibungen, sondern muss die Menschen selber einstellen, auch wenn die Tariflöhne höher sind als bei Fremdfirmen. Diese Arbeitgeber zahlen Gehälter die z.T. nicht einmal das Existenzminimum sichern
- Ausbau und kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, im ersten Schritt zumindest für alle Personen unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende und Hartz-IV-Bezieher*innen
- neue Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B. Sozialtarife für Strom und Gas
- Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen Schulen bis zum Abitur
- die regelmäßige Erstellung eines „jährlichen“ Armutsberichts für unsere Stadt
- den Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z.B. Arbeitslosenzentrum, Schuldnerberatung, AIDS-Hilfen
- die weitere Förderung unserer Verbraucherschutzzentrale mit einer ausreichenden personellen Ausstattung
- die langfristige Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind

Armut in unserer Stadt bekämpfen - soziale Gerechtigkeit schaffen

- Armut ist kein unveränderbares Schicksal. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen ein kleiner Teil der Gesellschaft sich einen ständig wachsenden Reichtum aneignet. Dadurch wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer. Diese Entwicklung ist jedoch entgegen der herrschenden Propaganda

keineswegs selbst verschuldet. Die Ursache liegt in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das durch die massenhaft zunehmende Ausbreitung unsicherer Arbeits- und Lebensverhältnisse, wie befristete Arbeitsverträge und Niedriglöhne immer weniger Menschen eine lebenswerte Perspektive bietet (Prekarisierung).

Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die wir als Grundsicherung wollen, ist:

- menschenwürdig
- sanktionsfrei
- nicht-repressiv

Den Menschen die unter Hartz IV, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit fallen, fehlt schlichtweg das Geld für sämtliche Lebensbedürfnisse, die für die große Mehrheit der Gesellschaft selbstverständlich sind.

Worauf wir dabei setzen?

- ein wertschätzender Umgang mit Erwerbslosen
- eine alternative Entscheidungs-Praxis in den Jobcentern ohne Sanktionen

Was wir dafür brauchen, ist eine Arbeitsmarktpolitik, die

- in tarifgebundene öffentliche Beschäftigung investiert
- sich am Wohl der Menschen orientiert

Was das bringt?

- lebenswerte Bedingungen für alle Menschen

Was muss dafür getan werden?

- ein kommunaler Hilfsfonds muss eingerichtet werden
- die Berechnung der Wohnkosten durch die Jobcenter muss den örtlichen Vergleichsmieten entsprechen
- der Brühl-Sozialpass muss erweitert werden
- Ein-Euro-Jobs, Kombilohn-Stellen sowie prekäre Beschäftigungen müssen eingestellt werden

Denn Armut darf in unserer Stadt keinen Platz haben. In einer reichen Gesellschaft ist Armut eine Schande. Sie ist menschenunwürdig und bedeutet für die betroffenen Menschen den Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe.

Armut und Hartz IV

Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und die ständige Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse sind im Wesentlichen verantwortlich für die Verarmungsprozesse in den Kommunen.

Besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen, Langzeiterwerbslose, Rentner*innen sowie Menschen mit Migrationshintergrund.

Zusätzlich wächst mit steigender Kinderzahl in einer Familie auch die materielle Armut.

Die wachsenden Armutsverhältnisse sind im Wesentlichen von den Hartz-Gesetzen und der Agenda-Politik geprägt, die 2004 von der Bundesregierung aus SPD und GRÜNEN eingeführt wurden.

Ein Viertel aller Hartz IV beziehenden Menschen machen diejenigen aus, die aufstockende Leistungen von den Jobcentern erhalten, weil ihr Lohn zum Leben nicht ausreicht.

Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis reicht heute für viele nicht zum Ausstieg aus der Armut. Bei mehr als der Hälfte, die den Hartz-IV-Bezug verlassen, ist eine Arbeitsaufnahme mit Löhnen unterhalb der Armutsschwelle verbunden.

Deshalb unterstützen wir auf kommunaler Ebene folgende bundespolitische Forderungen:

- Sofortige Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 582 EUR im Monat (zurzeit 432 €)
- einer **sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.200 EUR netto**. Die sanktionsfreie Mindestsicherung ist allen volljährigen Leistungsberechtigten in voller Höhe nach dem Individualprinzip zu gewähren. Eine Gewährung nach dem Modell der Bedarfs- und Einstandsgemeinschaften lehnen wir ab.
- die Erhöhung des Mindestlohnes auf 13 EUR/Stunde
- die Abschaffung der Sanktionen und Leistungskürzungen bei angeblich sozialwidrigem Verhalten im SGB II

Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten

Das Hartz-IV-System beruht zwar auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler Ebene gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten besonders repressive Maßnahmen deutlich einzuschränken oder eine alternative Praxis durchzusetzen.

Ein wichtiges Moment ist das Angebot der Sozialberatung auf kommunaler Ebene. Wir zeigen als LINKE, dass wir konkret helfen und nicht bereit sind, uns mit den Zuständen in den Jobcentern und deren fragwürdiger Praxis abzufinden.

Kein anderes Sozialleistungssystem wie die Hartz-IV-Gesetze stehen seit Jahren derart unter ständiger Kritik. Nicht nur durch DIE LINKE, auch Sozialverbände und Gewerkschaften fordern deren Verbesserung bzw. Abschaffung. Entscheidend für die Überwindung der Armut sind jedoch gut bezahlte sichere Arbeitsplätze, die bis heute fehlen. In der Arbeitsmarktpolitik muss dringend ein Kurswechsel eingeleitet werden. Gute öffentlich geförderte kommunale Beschäftigungsprogramme sind ein Beitrag hierzu.

Deshalb fordern wir auf kommunaler Ebene:

- ausschließlich tarifgebundene sozialversicherungspflichtige Stellen zu schaffen, die aufstockende Hartz-IV-Leistungen überflüssig machen.
- die Übernahme der Wohnkosten (Kosten der Unterkunft) durch das Jobcenter ist grundsätzlich am Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels beziehungsweise entsprechender örtlicher Vergleichsmieten zu orientieren. In Brühl liegt der Wert für angemessene Nettokaltmieten (ohne Klimabonus) monatlich bei:
 - 1-Personenhaushalt 380,00 Euro
 - 2-Personenhaushalt 470,00 Euro
 - 3-Personenhaushalt 570,00 Euro
 - 4-Personenhaushalt 720,00 Euro
 - 5-Personenhaushalt 770,00 Euro

Weitere Informationen finden sich auf der Seite der Kreistagsfraktion DIE LINKE im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises - https://www.die-linke-im-kreistag-rhein-erft.de/fileadmin/lcmsfraktionrheinerft/user/upload/Pruefschema_KdU_im_Rhein-Erft-Kreis_-_aus_kdu-gutachten-kurzfassung_-_Hartz_IV-Mietspiegel_ab_01-02-20.pdf

- Zur Vermeidung von „Zwangsumzügen“ sind zulässige vermietetseitige Mieterhöhungen grundsätzlich vom Jobcenter zu übernehmen.
- Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen. **Die Stadt Brühl soll verpflichtet werden, einen kommunalen Härtefonds einzurichten, der im Falle der Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Kosten übernimmt.**
- Allen Brühlpass-Inhaber*innen mit Einkommen unterhalb des Pfändungsfreibetrages soll **kostenloser Zugang** zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglicht werden. In der neuen Pfändungstabelle für 2019 – 2021 steigt der monatlich pfändungsfreie Betrag auf 1179,99 Euro.
- Sämtliche öffentliche Bildungsangebote und Leistungen werden allen Kindern unabhängig von ihrem sozialen Status kostenlos zur Verfügung gestellt.

2. Energiewende schaffen, Umwelt erhalten, Lebensräume schützen, Artenvielfalt erhalten und eine klimafreundliche Kommune entwickeln

Klimaschutz fängt in den Kommunen an. Nur vor Ort schaffen wir die Energiewende. Deshalb werden wir weiter darauf hinwirken, dass ambitionierte Klimaschutzkonzepte und anspruchsvolle Richtlinien für energiesparendes Bauen umgesetzt werden. Die Stadt Brühl soll für ihren eigenen Bedarf standardmäßig Ökostrom beziehen und selber Ökostrom erzeugen.

Unsere Ziele sind in Brühl:

Wir wollen den Umstieg der Stadtwerke auf dezentrale, erneuerbare Stromerzeugung erreichen. Auch das Handwerk und viele weitere lokale Unternehmen sind Motoren der Energiewende und für innovatives Wirtschaften.

Die ökologische Kreislaufwirtschaft wollen wir verstärken, um Rohstoffe zu schonen und Müll zu vermeiden. Deshalb stellten wir den Antrag im Rat ein **Brühl-Becher einzuführen**, anstatt die Wegwerfmentalität durch Einweg-Kaffee-Becher zu steigern. Weiterhin beantragten wir **Sofortmaßnahmen zur Auflegung eines Förderprogramms zur Dach-, Fassaden-, sowie Freiflächenbepflanzung** von **städtischen** Grünflächen und Gebäuden. Zusätzlich beantragten wir die Aufstellung eines Förderprogramms für Dach-, Fassaden- und Vorgartenbegrünung für **private** Eigentümer.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, das Photovoltaik-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden installiert werden, um mehr lokalen Strom zu erzeugen.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass unsere Stadt zur Fairtrade-Stadt wird und **Gemeinwohlbilanzen** in kommunalen Betrieben einführen. So sorgen wir für hohe Umwelt- und Sozialstandards.

Entscheidungen zum Klimaschutz werden meist auf nationaler Ebene getroffen. Zur Erreichung der Klimaschutzziele bedarf es allerdings eines enormen Beitrags der Städte, Kreise und Gemeinden.

Unser Ziel ist in Brühl:

- ein politischer Beschluss zur Erreichung **kommunaler Klimaneutralität**
- **Sofortmaßnahmen** durch Ausstattung aller kommunalen Gebäude mit Photovoltaikanlagen
- Auflegen eines **Förderprogramms** für Dachbegrünung, Fassaden- sowie Freiflächenbepflanzung von **städtischen** Grünflächen und Gebäuden
- Aufstellung eines Förderprogramms Dach-, Fassaden- und Vorgartenbegrünung für **private** Eigentümer
- Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes und Aktionsplanes für die Stadt

Energie einsparen

Ein Drittel des CO₂ Ausstoßes einer Gemeinde entsteht durch das Heizen.

Unser Ziel ist in Brühl:

- Unterstützung bei der energetischen Modernisierung privater Gebäude durch einen externen kostenlosen Energieberater
- Zukünftige öffentliche Gebäude als Plusenergiehäuser zu errichten. Ein Plusenergiehaus produziert im Jahr mehr Energie als es verbraucht.
- Forcierung des Wechsels auf energiesparende, insektenfreundliche Straßenbeleuchtung
- stadteigene Fahrzeuge mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren durch verbrauchsarme, emissionsfreie Fahrzeuge zu ersetzen und Fahrten zu reduzieren

Erneuerbare Energien stärken

Wir unterstützen den Erhalt und Ausbau der Stadtwerke und die Wertschöpfung vor Ort.

Unsere Ziele sind in Brühl:

- eine Stromversorgung auf Basis 100% erneuerbarer Energien aus den Stadtwerken
- Photovoltaik-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden und privaten Dächern
- Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme Kopplung
- Verpflichtend das alle Gebäude in neuen Wohn- und Industriegebieten mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet werden müssen

Mobilität

In Deutschland ist der Straßenverkehr für über 20% der Treibhausgasemissionen verantwortlich und verursacht Belastungen mit Feinstaub, Schadstoffen und Lärm.

Unser Ziel ist in Brühl:

- Ein sicheres, flächendeckendes Fuß- und Radwegenetz in Brühl sowie eine gute Instandhaltung
- Verkehrsberuhigung durch Tempo 30 auf allen innerörtlichen Straßen
- Gründung eines Aktionsbündnis Verkehrswende für alle Brühler*innen
- Engmaschiges Angebot an Bus- und Bahnverbindungen, auch abends und am Wochenende, ergänzt durch moderne, alternative Beförderungsformen, wie das AST-Taxi
- Carsharing Angebote in jedem Stadtteil durch die Stadtwerke

Aktiver Umwelt- und Artenschutz

Die zunehmende Versiegelung führt zu einem Verlust von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen, Erholungs- und Naturerlebnisräume für Menschen und verschärft die regionale Hochwassersituation und die Entstehung von Wärmeinseln im Hochsommer.

Unser Ziel ist aktiver Umweltschutz in der Stadt Brühl, durch

- den Beschluss zu einer ganzheitlichen und zielgerichteten Stadtentwicklung, welche sich auch in der Bauleitplanung widerspiegeln muss
- Baugebiete werden nur auf Grund, den die Stadt zuvor erwerben konnte, und unter der Maxime der äußersten Zurückhaltung der Versiegelung ausgewiesen. Dieses ist als Energieplus Siedlung zu errichten. **Vorrang durch die stadteigene „Gesellschaft für Bauen und Wohnen GmbH der Stadt Brühl“ (Gebausic)**
- Entwicklung nachhaltiger Bauleitplanung im Hinblick auf den Klimawandel
- **keine Erweiterung des Phantasialands in den Villewald**
 - Erhalt des Naturschutzgebietes Ententeich
 - Bestandschutz für die Kleingartenanlage
- **Erhalt aller Schrebergärten-Anlagen und Grabeland** (hobbygärtnerisch genutztes Land der Stadt gegen Zahlung einer Pacht) **auf Brühler Stadtgebiet**
- **keine Erweiterung der Hochschule des Bundes zum Schutz der Kaltluftzone für die Stadt Brühl - Wir schlagen vor, den Bau von Studenten-Appartements im Brühler-Süden zu verwirklichen**
- Fortschreibung eines Grünordnungsplanes
- Unterstützung des Umwelt- und Artenschutzes auf städtischen und privaten Grundstücken

- Einen politischen Beschluss zur Entwicklung von Brühl zur plastikfreien Stadt
- Verbot der Anwendung von Glyphosat und Neonicotinoide auf eigenen und verpachteten Flächen
- Reduktion des Einsatzes von Streusalz und Nutzung von alternativen Streumitteln auf Gehwegen.

Ohne Bienen und Hummeln, die Pflanzen bestäuben, gerät das biologische Gleichgewicht aus den Fugen. Wir müssen also achtsam mit der Natur umgehen, um ein gutes Leben für uns hier und für Menschen in allen Regionen der Erde zu ermöglichen. In Wäldern und Streuobstwiesen liegen Paradiese der Artenvielfalt. Unsere einzigartige Kulturlandschaft bietet unverzichtbare Lebensgrundlagen, die wir erhalten wollen. Deshalb setzen wir uns unter anderem für eine pestizidfreie Kommune ein. Wir stärken die ökologische und bäuerliche Landwirtschaft und sorgen für eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer kommunalen Flächen und Wälder. Um die Lebensräume von Tieren und Pflanzenarten zu schützen, wollen wir Landschaftsentwicklungsbereiche wie Gräben, Böschungen und Trockentäler aufwerten und vernetzen.

Vor Ort erhalten wir die Artenvielfalt und wertvolle Kulturlandschaften, zum Beispiel, indem Brühl zur pestizidfreien Kommune wird. Kommunale Flächen, Wälder und Gewässer sollen umweltverträglich und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir wollen die Lebensräume von lokalen Tier- und Pflanzenarten schützen und dazu **Natur- und Landschaftsschutzgebiete erhalten.**

Rettet das Klima – und zwar sofort!

Die Klimaüberhitzung ist real und muss konsequent bekämpft werden – auch in Brühl.

Zu viel wurde zu lange versäumt: Jetzt müssen schon Schüler*innen streiken, damit die Politik umdenkt.

Bis 2035 kann und muss unsere Stadt komplett klimaneutral werden. Wir unterstützen alle Forderungen von Fridays for Future für diesen Umbau und den German Zero Klima-Plan (<https://www.germanzero.de/klimaplan>)

3. Nahverkehr ausbauen, nachhaltig weiterkommen

Zur Arbeit, in die Schule, in der Freizeit: Mobil zu sein ist wichtig, um das eigene Leben zu gestalten. Wir wollen deshalb den öffentlichen Nahverkehr sowie Rad- und Fußwege weiter ausbauen.

Wir setzen uns ein für eine ÖPNV-Offensive vor Ort. Das ist gut für Menschen und für die Umwelt: So verringern wir Treibhausgase, schützen mit sauberer Luft die Gesundheit und ermöglichen Jung und Alt, verlässlich ohne Auto unterwegs zu sein. **Unser Ziel ist, dass in jedem Ort von frühmorgens bis spätabends mindestens stündlich Bus, Bahn oder Ruftaxi fahren.** Wir denken Verkehrs- und Stadtplanung zusammen, um für sichere und kurze Wege sowie Barrierefreiheit zu sorgen. Für mehr Elektromobilität wollen wir die Ladeinfrastruktur in den Wohnsiedlungen ausbauen und als Alternative Wasserstofftankstellen auf unserem Stadtgebiet einführen (Stichwort Grüner Wasserstoff

aus regenerativer Energie). In Zukunft wird es sicherlich einen Mix aus Batterie und mit Brennstoffzellen betriebenen Fahrzeugen geben. Seit Jahren fahren für die Stadt zwei mit Brennstoffzellen betriebene Busse, die mit Wasserstoff aus der chemischen Industrie in Hürth betankt werden. Aus dem Auspuff kommt dann nur noch Wasserdampf.

Weiterhin sind wir für die Ausstattung aller ÖPNV- Haltestellen mit Sprachausgabe, um Menschen mit einer Sehbehinderung die Nutzung zu vereinfachen.

Was macht die Koalition aus CDU und GRÜNEN?

Alle unsere Sofortmaßnahme zum Umweltschutz wurden abgelehnt. Die GRÜNEN möchten alles in einen Masterplan aufnehmen. Die Masterpläne der GRÜNEN sind in Brühl bekannt, seit 6 Jahren haben sie trotz professioneller Hilfe in der Verwaltung es nicht geschafft ihren Entwurf Masterplan Fahrrad richtig auf den Weg zu bringen. Mittlerweile sind auch die vorhandenen Radwege in einem immer schlechteren Zustand. Wir beantragten für 2020 das 100.000 Euro in die Sanierung der Radwege aufgenommen werden sollten, dass verhinderten die GRÜNEN mit der CDU. Mussten sich aber dazu herablassen zumindest 30.000 Euro in die Sanierung des Radwegeplans 2020 einzustellen. **Das ist Umweltpolitik im „Schneckentempo“.**

4. Bildung stärken, Perspektiven schaffen

Wir wollen, dass jedes Kind die besten Bildungschancen hat – ob Cleverle oder Träumerle, ob Lisa oder Mehmet. Bildungserfolg darf nicht vom Elternhaus abhängen. Eine hervorragende frühkindliche Bildung hat für uns Priorität. Deshalb wollen wir den guten Personalschlüssel und die hohe pädagogische Qualität in unseren Kindertagesstätten (Kitas) sichern. Wir müssen aber auch noch mehr in Gebäude und Personal investieren, um mehr Betreuungsplätze für alle Altersstufen zu schaffen. Mit sozial gestaffelten Beiträgen wollen wir sicherstellen, dass Kitas für alle offen stehen.

Unsere Schulen sollen eine attraktive Umgebung zum Lernen bieten. Deshalb wollen wir sie für die Digitalisierung, für individuelle Förderung und moderne Unterrichtsformen gut ausstatten und die Gebäude in Schuss halten. Wir setzen uns für ein gutes Angebot an Ganztageschulen ein und wollen längeres gemeinsames Lernen an Gemeinschaftsschulen ermöglichen. Wir wollen Freiräume schaffen für Jugendliche, aber auch für kreative und innovative Ideen in Kunst und Kultur. **Unser Ziel ist „Eine Schule für ALLE“**, in der Kinder individuell nach ihrem Lernfortschritt entsprechend gefördert werden. **Weiterhin stehen wir für die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule zu einer zweiten Gesamtschule in Brühl.**

Wir fordern:

- **Das die von uns mit eingeführten Beratungstermine im Schulausschuss für die Schulsprecher*innen der weiterführenden Schulen, zu einer verpflichtenden Beteiligung der Schülervertretungen ausgebaut wird.**
- **Die Übernahme der Angestellten an den Offenen Ganztageschulen (OGS) in städtische Trägerschaft** und eine Entlohnung nach dem Tarif im Öffentlichen Dienst (TVöD). Eine tarifgerechte Entlohnung durch die freien Träger ist nicht möglich, da diese zurzeit zu geringe Landeszuschüsse erhalten und die Stadt über ihren Pflichtanteil einen zu geringen freiwilligen Zuschuss für die OGS gewährt. Hier wurde

von den Landesregierungen ein prekärer Arbeitsbereich geschaffen, den wir so nicht hinnehmen wollen.

- **Stopp der Ausweisung von Baugebieten im Brühler-Süden, da die Infrastruktur an den Schulen nicht von der Verwaltung entsprechend mitgeplant worden ist. In den nächsten Jahren ist an den Grundschulen mit vielen großen Klassen von ca. 30 Schüler*innen zu rechnen. Wie sollen Kinder da noch individuell gefördert werden?**
- **Bau einer zweiten Gesamtschule und Schließung der Hauptschule**

5. Zusammenhalt fördern, Offenheit leben

Damit Vielfalt und Zusammenhalt gelingen, müssen alle an der Gesellschaft teilhaben können. Wer wenig Geld hat, soll ÖPNV, Schwimmbad, Bücherei und Co. kostenfrei nutzen können. Wohnortnahe und niedrigschwellige Unterstützungsangebote im Alter, bei Behinderung oder Lebenskrisen wollen wir ausbauen. Weil Integration vor Ort gelingen soll, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Ehrenamtlichen, Integrationsbeirat und sozialen Organisationen ausbauen. Die kommunale Verwaltung soll die Bürger*innen zu anstehenden Projekten frühzeitig informieren und anhören – auch online. **Ausschuss-Vorberatungen sollen öffentlich sein.** Den Bürgerservice wollen wir noch weiter digitalisieren und verbessern. Wir verwirklichen Chancengleichheit für Frauen und wollen deshalb die Zuständigkeit der Gleichstellungsbeauftragten stärken.

Gemeinsam für eine offene Gesellschaft

Die Vielfalt von Menschen und Lebensformen (diverse Gesellschaft) ist in Deutschland längst gelebte Realität, jedoch braucht es für das Gelingen einer vielfältigen Gesellschaft eine offene Gesellschaft und den Willen der Mehrheitsgesellschaft offen zu sein. Ziel ist die Gleichbehandlung aller Menschen.

Daher kämpft DIE LINKE für eine offene, demokratische Gesellschaft, in der jeder so sein und leben darf wie er oder sie das möchte. Offenheit und Toleranz sind dabei Grundvoraussetzungen für eine offene und demokratische Gesellschaft, deshalb ist es ein integrales Selbstverständnis der LINKEN jedwede Form der Ausgrenzung und Herabwürdigung zu ächten. Dazu zählen insbesondere Sexismus, Rassismus, Homophobie, Antisemitismus, Antiziganismus (Vorurteile und Diskriminierungen gegen die Angehörigen der Sinti und Roma), Islamophobie und jede Art von Gewalt.

DIE LINKE bekennt sich uneingeschränkt zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, welches von Rechtsextremen systematisch bedroht und angegriffen wird, um ihre Vorstellung einer ethnisch homogenen Gesellschaft durchzusetzen. Deshalb kämpfen wir gemeinsam für eine offene und pluralistische Gesellschaft, die bunt und vielfältig ist.

Vereint gegen Hass, Gewalt Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus!

Bedrohungen, Hass, Gewalt bis hin zum Terror von rechten Gruppierungen und Parteien gegen anders Denkende vergiften in zunehmendem Maße das politische und gesellschaftliche Leben. Populistische, rechte Parolen und Propaganda richten sich offen oder unterschwellig gegen unsere pluralistische und demokratische Gesellschaftsform. Ein

rücksichtsloser Nationalismus wird als Lösung für alle sozialen und politischen Probleme angepriesen und oftmals vermeintliche Minderheiten als Sündenböcke abgestempelt.

Soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit entsteht jedoch nicht dadurch, dass Schutz- und Hilfsbedürftige staatliche Unterstützung erhalten, sondern dass sich Wohlstand und Reichtum in unserem Land zunehmend in den Taschen einiger weniger anhäuft und daran will rechte Politik nichts ändern. **Rassismus und Nationalismus dienen in erster Linie dazu, gesellschaftliche Probleme zu verschleiern, um die bestehenden Besitzverhältnisse zu festigen.**

DIE LINKE betrachtet es daher als eine der wichtigsten Aufgaben der Politik auch auf kommunaler Ebene, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Dazu ruft **DIE LINKE zu einem Bündnis aller demokratischen Kräfte und Parteien auf.**

DIE LINKE Brühl fordert:

- im Stadtrat darf es keine politische Sach- und keine Personalentscheidung (Wahl) geben, die von den Stimmen rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien abhängt, wie bei der Wahl zum Ministerpräsidenten durch die FDP in Thüringen
- rassistische, menschenverachtende und herabwürdigende Äußerungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben und sind unmittelbar zu verurteilen
- Verleumdungen, Beleidigungen und Bedrohungen sind konsequent anzuzeigen, juristisch zu verfolgen und zu bestrafen
- **Projekte an Schulen, in Jugendorganisationen und Vereinen zur Demokratieförderung** und gegen Rassismus müssen flächendeckend finanziell gefördert und inhaltlich unterstützt werden
- **Ursachen, Geschichte und Auswirkungen von Nationalsozialismus, Faschismus und Rassismus müssen konsequent aufgearbeitet** und im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden

6. Wohnraum schaffen, Lebensqualität sichern

Wohnen ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf – es ist ein Grundbedürfnis, das mit darüber entscheidet, ob wir Wurzeln schlagen und uns frei fühlen können. Bezahlbaren und passenden Wohnraum zu finden, kann eine große Herausforderung sein. Deshalb muss die Stadt stärker über die eigene Wohnungsbaugesellschaft (Gebausic) in den sozialen Mietwohnungsbau investieren und vorgeben, dass in neuen Baugebieten ein relevanter Anteil für mietpreisgebundene Wohnungen reserviert wird.

Leerstand bedeutet Stillstand – mit einem **Zweckentfremdungsverbot** wollen wir Leerstand verhindern und Freiräume kreativ nutzen und weiterentwickeln. Mit einer sozialen und ökologischen Ortsentwicklung sorgen wir für lebendige Ortskerne, Kulturangebote und Barrierefreiheit und minimieren den Flächenverbrauch. Damit stärken wir Begegnung, Austausch und ein gutes Zusammenleben von Alt und Jung. Einen entsprechenden Antrag haben die anderen Parteien im Brühler Rat abgelehnt.

Für eine kommunale Planungspolitik, welche die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt.

Brühl ist ein bevorzugtes Wohngebiet im Metropolraum Köln/Bonn. Die Bevölkerungsdichte ist hoch, Bauland ist knapp und teuer. Neu fertiggestellte Wohnungen sind für die Normalbevölkerung nicht bezahlbar. Es gibt kaum Sozialwohnungen und auch einen eklatanten Mangel an barrierefreien Wohnraum und Wohnraum für Studierende und ältere Menschen. Insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist das ein unhaltbarer Zustand. Gleichzeitig wird immer mehr im hochpreisigen Segment gebaut und damit steigen auch die Preise für Mieten und Eigentum in ganz Brühl. Dadurch steigt allerdings auch der Flächenverbrauch, was zu einem Verlust von Lebensqualität aller Bürger*innen führt.

Die gesellschaftliche Entwicklung und Fragen wie die Klimakatastrophe stellen die Stadtentwicklung vor neue Aufgaben.

Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Armut hat sich verfestigt und trotz guter Konjunktur weiter zugenommen, oft eng verbunden mit Langzeiterwerbslosigkeit und unsteter Beschäftigung. Sie betrifft längst mehrere Generationen hintereinander. Das sieht man vor allem an der gestiegenen Kinderarmut deutlich. Gleichzeitig nimmt der Reichtum von Wenigen zu. Diese Gegensätze spiegeln sich auch in der Entwicklung der Stadtteile wider.

DIE LINKE lehnt diese zunehmende Ghettoisierung ab und spricht sich deutlich für eine soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken aus. Unser Ziel ist eine Stadtentwicklungspolitik, die den Menschen und nicht den Profit dient.

Wir stellen uns klar gegen den gestiegenen Flächenverbrauch in Brühl durch hochpreisige Neubauten und für bezahlbaren Wohnraum. Brühl darf nicht zur Betonwüste verkommen, die Grünflächen sind konsequent zu erhalten!

Um eine nachhaltige Planungspolitik zu realisieren brauchen wir unbedingt eine finanzielle und politische Stärkung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Gebausie.

Daher fordern wir für Brühl:

- Erweiterung der Möglichkeiten zur Bürger*innenbeteiligung bei Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren; Einschränkung beschleunigter Verfahren, die die Bürger*innenbeteiligung verschlechtern; **Baupläne müssen auf ihre Umweltverträglichkeit und „Nachhaltigkeit“ geprüft werden**
- Einschränkung des Flächenverbrauchs durch Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich. Dabei darf die Nachverdichtung nicht maßlos fortgesetzt werden, damit die knappen Grünflächen nicht gefährdet werden die an heißen Sommertagen zur Abkühlung des Umfeldes beitragen
- Ausloten von Nachverdichtungsmöglichkeiten – vor allem in den Wachstumsregionen und unter Beachtung des lokalen Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen; **wo möglich und vertretbar sind Gebäude aufzustocken, Dachgeschosse auszubauen und leerstehende Gebäude zu Wohngebäuden umzunutzen und Baulücken zu schließen**

- den Luxus, knappe Wohnbauflächen für neue Ein- und Zweifamilienhäuser zu verschwenden, werden wir uns vor allem in den Wachstumsregionen nicht länger leisten können
- **wenn neue Wohnbauflächen erforderlich sind, müssen sie sich konsequent an den Achsen des öffentlichen Personennahverkehrs ausrichten und im Bebauungsplan festgelegte Quoten für Sozialwohnungen vorsehen. Können diese nicht umgesetzt werden, wird das Bauland nicht bebaut**
- Unterstützung bei energetischer Sanierung durch eine kommunale Beratungsstelle und Schaffung von Grünflächen auch durch den Abriss bestehender, nicht mehr genutzter Gebäude
- Konsequente Dachbegrünung und Solaranlagen verpflichtend bei Neubauten
- Verhinderung von Ghettoisierungen von Teilen der Bevölkerung in den Stadtquartieren und bewusstes planerisches Gegensteuern gegen die Herausbildung von armen und reichen Stadtteilen; das Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen muss auch innerhalb der Kommune gelten
- Berücksichtigung der vielfältigen Interessen, kulturellen und religiösen Hintergründe der Bevölkerung bei Aufgaben der Stadtentwicklung; das gilt bei Kindertagesstätten, Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen ebenso wie bei kommunalen Friedhöfen, die Menschen jedweder Weltanschauung Ruhestätten bieten
- Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten sowie Wohnprojekten und Wohngemeinschaften für ältere Menschen, die ein möglichst langes, selbstbestimmtes und eigenständiges Leben ermöglichen
- Zusammenführung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Freizeit statt weiterer Zersiedelung, die zu weiten Wegen zur Arbeit oder zum Einkaufen führt; dabei müssen die bestehenden Abstands- und Immissionsschutzregelungen strikt eingehalten werden
- keine Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“
- vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe und Industrie; konsequente Verpflichtung der früheren Besitzer*innen beziehungsweise Nutzer*innen zur Altlastenbeseitigung
- die Möglichkeiten zur Nutzung kommunaler Flächen durch Erbpacht statt Verkauf sollen ausgeweitet werden, um den kommunalen Einfluss zu erhalten
- konsequente Umsetzung der Barrierefreiheit; hierzu sollen bei allen Bauvorhaben der Inklusionsbeirat für Menschen mit Behinderung beteiligt werden. Wir sind für mehr Investitionen in barrierefreien, seniorenrechten Wohnraum, bessere Ausstattung der Gebausie mit finanziellen Mitteln und keinen weiteren Beitrag zur Sanierung des städtischen Haushaltes
- flächendeckende Förderung der aufsuchenden Wohnraumberatung für Senior*innen und Menschen mit Behinderungen, damit sie die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu Hause zu wohnen
- systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung des Inklusionsbeirates von Menschen mit Beeinträchtigungen. Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme barrierefrei geschehen

- Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen
- flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im ganzen öffentlichen Raum

7. Thema: Digitalisierung

In den vergangenen zehn Jahren hat die digitale Entwicklung enorme Fortschritte gemacht. Die Technologien werden immer raffinierter und die Gesellschaft wird zunehmend offener für den Gebrauch von digitalen Hilfsmitteln in ihrem Leben. Deutschland verharrt in dieser Hinsicht jedoch im europäischen Mittelfeld und die notwendige Digitalisierung kommt nur schleppend voran. Schlechter bis kaum vorhandener Breitbandausbau, halbherzig durchgeführte Projekte und Datenschutz-Verletzungen sind der aktuelle Stand der Dinge. Die Städte und Kommunen haben wenig Handhabe, um gegen diese von Ländern und Bund versäumten Missstände anzukommen. Dennoch gibt es auch in Brühl Möglichkeiten kommunal die Digitalisierung sozial und gerecht zu gestalten.

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Einwohner*innen und Unternehmen eine große Entlastung bedeuten, weil lange Wartezeiten entfallen. Breite, niedrigschwellige Angebote unter hohen Datenschutzstandards müssen daher deutlich ausgebaut werden. **Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien nicht von den öffentlichen Dienstleistungen der Kommune ausgeschlossen werden.**

Wir sprechen uns daher für die Schaffung eines **Digitalisierungsbeauftragten** aus, die/der für die Einwohner*innen ansprechbar ist und die Bemühungen Brühls zur Digitalisierung koordiniert. Ein entsprechender **Ausschuss für Digitalisierung** im Rat soll diesen Prozess politisch begleiten. Smart City ist eines der Schlagwörter, wenn es um die Digitalisierung der Kommunen geht.

Auf- und Ausbau von digitaler Infrastruktur

Der Ausbau von digitaler Infrastruktur in Deutschland geht zu langsam voran. Menschen, die im Homeoffice arbeiten, Unternehmen und Privatnutzer*innen brauchen schnelle Internet-Verbindungen. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen werden stark ausgebremst; Standorte und Arbeitsplätze gefährdet. Das gilt ebenso für die schlechte Netzabdeckung im Mobilfunk. Die Stadtverwaltung muss dafür sorgen, dass bei Straßenerneuerungen und **Neubauten Glasfaserkabel verlegt werden**. Bund und Land sind aufgefordert, den Ausbau durch die Kommune selbst finanziell und fachlich zu unterstützen. Breitbandnetze müssen im öffentlichen Eigentum verbleiben oder dorthin übergehen. Auch der Ausbau des aktuellen Mobilfunkstandards 5G muss vorangetrieben werden. Da schnelle Leitungen auch die Voraussetzung für den 5G-Ausbau in der Fläche sind, kann die Anbindung abgelegener Regionen über kabelloses Internet nur eine kurzfristige Zwischenlösung sein. Die Anbindung aller Haushalte und Unternehmen, ist notwendig, um die Gleichheit der Lebensverhältnisse gewährleisten zu können.

Datenschutz, Datenhoheit und Open Data

Immer mehr smarte Haushalts- und Mobilgeräte, Verkehrsmittel sowie die Interaktion mit Apps, Social-Media-Netzwerken und anderen Plattformen führen unweigerlich zu einer

Unmenge an Daten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Großunternehmen diese Daten schonungslos kommerziell vermarkten, unzureichend schützen und oft sogar missbrauchen. Daher muss Brühl sicherstellen, dass Smart-City-Projekte und andere digitale Angebote **so wenig persönliche Daten wie möglich generieren**. Wo doch personenbezogene Daten gesammelt werden, ist ein **transparenter und nachhaltiger Umgang** mit den Daten der Nutzer*innen aus unserer Sicht unabdingbar. Alle Daten, die durch die Kommune oder von ihr beauftragte Unternehmen erhoben werden, dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden. Die Stadt muss entscheiden können, was mit ihren Daten passiert. Wo anonymisierte Daten von öffentlichem Interesse sind, sollten diese der Allgemeinheit über Open-Data-Portale zugänglich gemacht werden.

Open Source

Die Stadt Brühl nutzt zumeist Betriebssysteme und Programme großer Digitalkonzerne. Ein Problem dabei ist, dass nicht genau nachvollzogen werden kann, wie diese Systeme arbeiten. Zumal stets eine Abhängigkeit von diesen Konzernen besteht, was Lizenzkosten, Updateversorgung und den Schutz der Daten der Einwohner*innen angeht. Gerade Behörden sollten nicht den Regeln und Machenschaften dieser Unternehmen ausgesetzt sein. Eine **Alternative** wäre es, Programme und Betriebssysteme einzusetzen, die einen **offenen Programmcode** zur Verfügung stellen. Bei diesen sogenannten Open-Source-Betriebssystemen und -Programmen sind Strukturen einsehbar und transparent. So wissen alle Beteiligten, woran sie sind. Die Stadtverwaltung sollte daher darauf hinarbeiten, flächendeckend auf Open Source-Software umzusteigen.

Digitalisierung der Schulen

Auch Schulen müssen schnellstmöglich an Breitbandnetze angeschlossen und mit digitalen Lehrmitteln ausgestattet werden. **Alle Schüler*innen müssen**, sofern entsprechende Pläne an der Schule existieren, unabhängig von ihren finanziellen Hintergründen **mit den nötigen Endgeräten versorgt sein**. Dabei ist auf eine nachhaltige Ressourcen-Nutzung zu achten. Datenschutz-Interessen wiegen an Schulen besonders schwer, daher ist auch hier besonders auf den Einsatz von Open Source-Software und einen allgemein hohen Datenschutzstandard zu achten. Die Wartung und Administration von Geräten und Software darf Lehrende und Schüler*innen nicht zusätzlich belasten. Aus diesem Grund muss an jeder Schule ausreichend qualifiziertes Personal für diese Aufgaben zur Verfügung stehen.

Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger*innen

Es muss ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, dass die technischen Aspekte der Digitalisierung der Stadt sich auch an Menschen orientiert, deren digitalen Fähigkeiten nicht weitentwickelt sind. Sie dürfen nicht abgehängt und zurückgelassen werden. Die Stadt sollte dafür sorgen, dass solche Menschen lokal günstige oder kostenlose Weiterbildungsangebote finden. Auch in den Schulen muss gewährleistet werden, dass Schüler*innen bereits früh den sicheren Umgang mit Computern und Software erlernen.

DIE LINKE. Brühl tritt ein für:

- schnelles Internet für Alle. Dazu gehören Breitbandanschlüsse für alle Haushalte und Unternehmen, der Ausbau von öffentlich zugänglichen WLAN-Punkten und der flächendeckende Ausbau mit schnellem Mobilfunk
- den Verbleib beziehungsweise die Zuführung der digitalen Infrastruktur in öffentlicher Hand

- der Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse soll mit Unterstützung von Bund und Land unmittelbar durch die Stadt Brühl erfolgen
- umfassender Datenschutz für alle Einwohner*innen und die Hoheit der Kommune über ihre Daten
- die Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge möglichst niedrigschwellig und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können
- eine umfassende öffentliche Mitbestimmung für Digitalisierungsprojekte; ihre Koordinierung durch Digitalisierungsbeauftragte und politische Kontrolle durch einen entsprechenden Ausschuss
- kostenfreie Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger*innen, damit Alle etwas von der digitalen Kommune haben können
- die Einführung von Open Source-Software in den Kommunen, um die Unabhängigkeit von digitalen Großkonzernen zu gewährleisten

8. Für Selbstbestimmung, Teilhabe und eine kommunale Friedenspolitik

Seit zehn Jahren gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. In dieser werden die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgehalten. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Sie fordert, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Rechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Zwei Millionen schwerbehinderte Menschen leben in NRW, das sind zehn Prozent (das wären in Brühl 4600 Menschen). Das Institut für Menschenrechte geht davon aus, dass rund 25 Prozent (das wären in Brühl 11.500 Menschen) insgesamt längerfristige Beeinträchtigungen haben, die sie behindern. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein sind für diese Menschen so zu verändern, dass ein barrierefreies und inklusives Leben für Menschen mit Behinderungen gewährleistet ist.

Die Teilhabe an der Gesellschaft, die wir wollen, ist:

- barrierefrei
- inklusiv
- gleichberechtigt
- selbstbestimmt

Worauf wir dabei setzen?

- die Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention

Denn Teilhabe an der Gesellschaft und deren gleichberechtigte Gestaltung sind ein Menschenrecht.

Wir fordern deshalb für unsere Stadt Brühl:

- Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter Federführung des zu wählenden Inklusionsbeirates, der zukünftig die Menschen mit Behinderungen und deren Interessen im Brühler Rat vertreten wird

- Schulung von Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und offensive Information der Verwaltung zum persönlichen Budget, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt wohnen, leben, lernen und arbeiten können
- Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie, das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern. Dazu gehört z.B. die Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, Wahleinrichtungen)

Bauen, Wohnen und Verkehr:

- flächendeckende Förderung der aufsuchenden Wohnraumberatung für Senior*innen und Menschen mit Behinderungen, damit sie die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu Hause zu wohnen
- systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen
- Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme barrierefrei geschehen
- Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen
- flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im ganzen öffentlichen Raum
- Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe

Bildung, Kultur und Arbeit:

- Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere Sach- und Personalausstattung
- Stadtbibliothek bedarfsgerecht mit barrierefreien Medien ausstatten, z. B. Bücher in Großschrift, Hörbücher, Bücher in Leichter und Einfacher Sprache, Brailleschrift
- Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen
- Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung
- Vergabe von städtischen Aufträgen an anerkannte Inklusionsbetriebe
- Schaffung von Inklusionsabteilungen in kommunalen Unternehmen

Gesundheit und Pflege

„Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus bei der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft (Gebausie)

Deshalb soll die Stadt einen weitreichenden Service zur Verfügung stellen, wie die

- Auflistung von barrierefreien Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen; Erstellen einer kommunalen Karte von barrierefreien Gesundheitseinrichtungen (z. B. Arzt- und Physiotherapiepraxen, Apotheken, Hebammen, Krankenhäuser)
- barrierefreie und transparente Verwaltung – vom Formular über die Webseite bis zum Gebäude
- alle Schriftstücke der Verwaltung sind auch in Leichter und Einfacher Sprache herauszugeben, damit alle Bürger*innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten können
- allen Dokumenten sind auch als Audiodatei herauszugeben

- alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen barrierefrei sein, einschließlich einer Übersetzung in Gebärdensprache

GRÜNE, CDU und FDP verhinderten in Brühl wichtiges inklusives Konzept!

Der Verein Sonderspaß wollte in Brühl am Belvedere-Parkplatz, das ehemalige Max-Ernst-Kabinett zu einem Inklusions-Zentrum ausbauen, als eine Begegnungsstätte für Menschen mit und ohne Behinderung. Dort sollten auch Arbeitsplätze für Menschen mit einem Handicap entstehen. Ein Architekt stellte die Pläne in der Sitzung vor, zu dem auch der Denkmalschutz sein Einverständnis erteilen wollte.

Auf Antrag der FDP schlossen sich CDU und GRÜNE deren Auffassung an, dass der Belvedere-Parkplatz eventuell noch Möglichkeiten zur weiteren baulichen Nutzung bieten könnte. Bereits hatte die obere Denkmalschutzbehörde das Ansinnen abgelehnt, den Belvedere-Parkplatz mit einem Hotel zu bebauen, da dadurch die Sichtachse auf das Schloss verstellt würde. Wahrscheinlich wird auch der Belvedere-Platz die nächsten 20 Jahre als Parkplatz genutzt werden. Durch die Entscheidung von CDU und GRÜNEN wurde ein wichtiges Inklusionsprojekt in Brühl verhindert. **So sieht Sozialpolitik von CDU und GRÜNEN in Brühl aus!**

Für eine konsequente Friedenspolitik - auch kommunal

DIE LINKE ist nicht nur in Brühl angesichts der massiven Eskalationsrhetorik und Aufrüstung seitens der NATO besorgt. Wir stehen konsequent an der Seite der Friedensbewegung und gegen Militarisierung und Krieg.

Doch auch „Kommunal“ lässt sich die Aufrüstung und Militarisierung bekämpfen, daher fordern wir in Brühl:

- Unterstützung des ICAN-Städteappells (Vertrag zum Verbot von Atomwaffen) mit der Forderung, dass die Bundesregierung dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten soll
- Förderung von Friedensbildung in Kitas, Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung
- Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen und -organisationen
- umfassende Aufklärung der Jugendlichen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe ihrer Meldedaten an die Bundeswehr
- Verweigerung von Flächen und Standplätzen für die Werbung der Bundeswehr in Brühl
- keinen Zugang der Bundeswehr zu Schulen für Werbe- und Marketingzwecken
- Unterstützung von Städte- und Projektpartnerschaften zur Völkerverständigung sowie Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Schulen, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen
- kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und Regionen, die von Kriegen und Klimafolgen betroffen sind

9. Kinder- und Jugendpolitik – Zukunft gestalten

LINKE Kitapolitik bedeutet: „Gute, gebührenfreie Kitas für alle“

Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr sind verlässliche, gute Ganztagsangebote in Kitas nach wie vor in Brühl Mangelware. Gerade für Unter-Dreijährige gibt es zu wenige Kitaplätze, der Ausbau stockt,

besonders Eltern junger Kinder werden mit Tagespflegeplätzen abgespeist. Viele Eltern wünschen sich anstelle von Tagespflege von Anfang an einen Kitaplatz für ihre Kinder. Gründe sind die bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf und die Vorteile frühkindlicher Bildung.

Die LINKE tritt ein für:

- öffentlich geförderte, insbesondere kommunale Kitaplätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen, von Anfang an
- den Ausbau von U3-Plätzen in Kitas entsprechend den Wünschen der Eltern, um die Betreuungsquote trotz steigender Geburtenzahlen zu erhöhen
- Kita-Neubau durch kommunale Bauträger statt durch Privatinvestoren
- einen Rechtsanspruch des Kindes auf Tagesbetreuung unabhängig vom Erwerbstatus der Eltern; dem Elternwunsch ist möglichst zu entsprechen; erwerbslose Familien systematisch auf 25-Std.-Plätze oder ans Ende der Wartelisten in Kitas und Tagespflege zu verweisen, ist keine Lösung
- für die langfristig gesicherte Versorgung inklusiver Kitas mit multiprofessionellen Teams und Therapeut*innen
- eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung, die städtisch organisiert ist und alle Kitas mit frischem, regionalem und gesundem Essen versorgt
- einen Ausbau des Kita Personals und bessere Zukunftsaussichten sowie attraktive Arbeitsplatzbedingungen für Erzieher*innen

Die Tagespflege verkommt auch in Brühl zu einer „Billiglösung“, auf die Kommunen im Zuge des U3-Ausbaus setzen, wenn neue Kitas zu teuer oder wegen fehlender Grundstücke nicht realisierbar sind. Besonders Großtagespflegen werden als Dumping-Kitas ohne Qualitätsstandards auch in Brühl ausgebaut, zumal Außenflächen und Fachkräftegebote dort nicht nötig sind. Besonders problematisch sind die Qualifikationsvoraussetzungen: Nötig für eine Tagespflegeerlaubnis ist nur eine 160-stündige Ausbildung, Fortbildungen sind nicht verpflichtend. Die insgesamt schlechten Rahmenbedingungen schlagen sich häufig auf die Betreuungsqualität nieder zu Lasten der Förderung der U3-Kinder. Die meisten Eltern wünschen sich aus diesen Gründen einen Kita- und keinen Tagespflegeplatz.

Die LINKE setzt sich ein für:

- den Ausbau von wohnortnahen Kitaplätzen und ggf. den Rückbau von Tagespflegeplätzen entsprechend den Elternwünschen
- die Anhebung von Qualifikationsstandards in der Tagespflege sowie den verbindlichen Einsatz von Fachkräften in Großtagespflegen
- den erheblichen Ausbau der Qualifikation von Tageseltern und die Verbesserung der fachlichen Begleitung der Tageseltern durch das Jugendamt und örtliche Träger
- eine existenzsichernde Entlohnung der Tageseltern

Zukunftschancen für Kinder, Jugendliche und Familien

Die Zusammensetzung von Familien, in denen Kinder aufwachsen, hat sich inzwischen verändert. Neben der traditionellen Familiendefinition leben Kinder und Jugendliche in Patchwork-Familien, eingetragenen Lebenspartnerschaften oder mit einem Elternteil. Der Anteil von Alleinerziehenden, die mit Kindern in gleichem Haushalt leben, ist stark gestiegen.

Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie benötigen in allen Lebenssituationen gesicherte Angebote an qualifizierter Kinderbetreuung, Schule, kultureller Bildung, Freizeit- und Sportmöglichkeiten und Zukunftsaussichten.

Kinder aus armen Verhältnissen sind vom frühen Kindesalter an benachteiligt und haben vielfach höhere Risiken, **so dass man auch von Kinderarmut als struktureller Kindeswohlgefährdung sprechen kann.** Ein Hauptziel der Kinder- und Jugendpolitik muss daher die präventive Bekämpfung der Kinderarmut vor Ort werden. Dabei zählen Taten und nicht Lippenbekenntnisse, **die Kinderarmut ist mit 14,4% viel zu hoch in Brühl.**

Statt einer Familienpolitik vor allem für Gutverdienende stehen für uns die Familien im Mittelpunkt, die kein oder nur ein geringes Einkommen haben. Wir wollen diese Familien schützen vor Armut jeglicher Art. Dies bedeutet für uns auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Jede Familie muss die Möglichkeit haben, mit ihren Kindern Ausflüge zu machen und ihren Kindern kulturelle Bildung zu ermöglichen. Nur so können Kinder, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, gleichberechtigt mit anderen aufwachsen.

Wir LINKE setzen uns daher ein für eine verbesserte Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung durch den Ausbau der Krippen, Kitas und Ganztageschulen. **DIE LINKE Brühl kämpft für den Ausbau des Brühl-Passes, damit es künftig mehr kostenlose Angebote für Alleinerziehende und Geringverdiener*innen gibt.**

Um für Familien mit Kindern eine gute Lebensgrundlage an ihrem Wohnort zu schaffen, setzt sich DIE LINKE ein für:

- mehr beitragsfreie Mitmachangebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit für Kinder, die unter den schwierigen Lebensbedingungen einer Familie oder eines alleinerziehenden Elternteils in der Grundsicherung aufwachsen
- ein ausreichendes Angebot an guten und bezahlbaren Wohnraum für Familien
- eine Wohnumfeld-Gestaltung mit geringer Feinstaubbelastung, verkehrsberuhigten Straßen und bedarfsgerechten Spielplätzen; Mittel für Stadtentwicklung, Spielplatzausbau und Grün- und Freiflächen müssen v. a. in benachteiligte Sozialräume und ihre Aufwertung fließen
- den Erhalt und Ausbau von Beratungsangeboten für Familien,
- den Erhalt und den Ausbau von Familienberatungsstellen und der Erziehungshilfe
- zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und Beratungsangeboten
- die Anpassung der Beratungs- und Hilfeleistungen des Jugendamtes an den steigenden Bedarf und die höhere Komplexität der Fälle, Teilhabe und Gesundheit für alle Kinder und Jugendlichen

Die Hartz-IV-Regelsätze reichen bei weitem nicht aus, um Kindern und Jugendlichen die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft (Kino, Sportveranstaltungen und vieles mehr) zu ermöglichen. Krankheitskosten sind nicht vorgesehen, gesunde Ernährung ist faktisch nicht finanzierbar. Folgen der Armut sind häufig gesundheitliche Probleme, hürdenreiche Bildungszugänge und gesellschaftliche Isolation. Die Entwicklungschancen armer Kinder werden damit massiv eingeschränkt. Gesundheitsdienste sollten in Schulen und Kitas generell zur Verfügung stehen. Das Ziel sollte sein, auf diese Weise präventiv über mögliche Erkrankungen zu informieren und zu sensibilisieren.

Was tun?

- breitenwirksame Programme für Bewegung und gesunde Ernährung
- öffentlich finanziertes gesundes Essen in Kindertagesstätten und Schulen

- Angebot von Lebensmitteln aus ökologischem und vorrangig regionalem und saisonalem Anbau in Kitas und Schulen, Hochschulen, Krankenhaus und Altenheimen
- Angebot von täglich mindestens einem vegetarischen oder veganen Menü in allen öffentlichen Einrichtungen
- mehr niedrigschwellige Programme zur Suchtprävention und therapeutische Maßnahmen für suchtmittelkonsumierende Kinder und Jugendliche
- strukturelle Verzahnung der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Jugendhilfe

Für die Rechte der Jugend!

Kinder und Jugendliche besitzen wie junge Erwachsene ein Grundrecht auf Gleichstellung und auf Teilhabe.

Daher fordert DIE LINKE Brühl:

- die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Stadtteilen; selbstverwaltete Räume (Jugendtreffs) wollen wir stärken; entsprechende Angebote sollen ausreichende Sach- und Personalausstattung mit mehr Struktur- und weniger Projektförderung erhalten
- die besondere Förderung von (barrierefreien) Spielplätzen, die von Kindern und Jugendlichen partizipativ mitgestaltet werden; dies schließt auch Freiflächen als zwanglose Treffpunkte für Jugendliche und außerschulische Lernorte mit ein
- den Erhalt und Ausbau von Streetwork und Angeboten der mobilen Jugendarbeit
- einen Kinder- und Jugendparlament auf kommunaler Ebene mit Vertretungsrecht in den städtischen Ausschüssen und dessen Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen Entscheidungen
- bedarfsgerechte Angebote der Kinder- und Jugendkultur als verpflichtender Bestandteil in einem aufzustellenden Kinder- und Jugendförderplan
- kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche bei allen kommunalen Angeboten
- kostenlose Monatstickets für alle Kinder und Jugendliche unabhängig von der Entfernung zwischen Schule und Wohnort
- eine zehnpromzentige Ausbildungsquote für städtische Betriebe und die Stadtverwaltung einschließlich Übernahmegarantie, Praktikumsvergütungen in städtischen Betrieben und Verwaltungen

10. Flucht und Migration

Solidarität ist unteilbar

DIE LINKE will die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen, anstatt Flüchtende zu bekämpfen und deren Fluchtwege zu blockieren. Im Zentrum steht: das Recht, »nicht migrieren zu müssen«. Fluchtursachen sind vielfältig. Fast immer hängen sie mit der weltweiten Ungleichheit zwischen Arm und Reich zusammen. Diese Ungleichheit wächst durch Ausbeutung in unfairen Handelsbeziehungen, das Erstarken der großen Agrarkonzerne, rücksichtslos agierende transnationale Konzerne und den durch die Industrieländer in erster Linie zu verantwortenden Klimawandel. Die weltweite Aufrüstung und der Handel mit Kriegsgerät, führt in Krisengebieten zur Militarisierung und Krieg. Dadurch werden Bürgerkriege, Flucht und Vertreibung verursacht.

Wir unterstützen in Brühl:

- Die Forderungen nach einem sofortigen Stopp der Abschiebungen und nach einem Bleiberecht für alle Flüchtlinge.
- Wir fordern ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, spätestens, wenn sie fünf Jahren in Deutschland leben.
- Wir wollen die Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dezentral organisieren. **Nach einem Antrag unserer Fraktion an den Rat der Stadt Brühl aus dem Jahr 2013, versucht die Stadtverwaltung diesem Ansinnen nachzukommen, scheitert aber immer häufiger an den hohen Mietforderungen bzw. fehlendem Wohnraum.** Zurzeit können weiterhin ca. 50 Prozent der Flüchtlinge dezentral untergebracht werden.
- Die Ausnahmen vom Mindestlohn und das Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen.

Wir danken der Brühler Initiative für Völkerverständigung für ihren ständigen Einsatz für die Integration von geflüchteten Familien.

Ihre Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für soziale und ökologische Politik und für den Ausbau der Demokratie in Brühl.

Zur weiteren Information: Unsere Ratsanträge sind zu finden unter:

<https://www.dielinke-bruehl.de/fraktion/antraege/>